Stand: 15.12.2025 19:10:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12163

"Kalte Progression abschaffen - Mittlere Einkommen entlasten"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/12163 vom 29.06.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13669 des HA vom 14.07.2016
- 3. Beschluss des Plenums 17/13871 vom 26.10.2016
- 4. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.06.2016 Drucksache 17/12163

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Kalte Progression abschaffen – Mittlere Einkommen entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Der Abbau der kalten Progression stellt einen wesentlichen Beitrag zur Steuergerechtigkeit dar. Gehalts-/Lohnerhöhungen, die lediglich dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, dürfen zukünftig nicht mehr durch einen höheren Steuertarif aufgezehrt werden. Durch die kalte Progression kann der Effekt entstehen, dass Arbeitnehmer trotz einer Lohn- bzw. Gehaltserhöhung unter Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerung einen Reallohnverlust erleiden.
- Der Abbau der kalten Progression ist ein wichtiges steuerpolitisches Ziel und muss dauerhaft sichergestellt werden.
- Der Abbau der kalten Progression darf kein Vorwand für Steuererhöhungen in anderen Bereichen sein.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die kalte Progression spätestens 2018 mit dauerhafter Wirkung abgebaut wird,
- in der mittelfristigen Finanzplanung die Steuereinnahmezuwächse aus der kalten Progression spätestens ab 2018 nicht mehr zu berücksichtigen.

Begründung:

Über die kalte Progression nimmt der Staat den Steuerzahlern Jahr für Jahr mehr Geld ab – ohne Parlamentsbeschluss und öffentliche Debatte, ohne Einspruchsmöglichkeit beim Finanzamt, ohne Transparenz. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler führt die kalte Progression allein im Jahr 2017 zu Mehreinnahmen in Höhe von etwa 3 Mrd. Euro. Die Abschaffung dieser versteckten Steuererhöhungen, die vor allem die Mittelschicht und dort besonders den unteren Einkommensbereich trifft, muss abgeschafft werden.

In Deutschland wird die Einkommensteuer grundsätzlich nach einem progressiven Tarif erhoben. Der Steuersatz steigt bis zum Grenzsteuersatz i.H.v. derzeit 45 Prozent mit dem Einkommen. Wer mehr verdient muss somit auch einen größeren Anteil seines Einkommens an Steuern abführen als ein Steuerzahler mit einem geringeren Einkommen.

Diese Besteuerung nach dem verfassungsrechtlich gebotenen Prinzip der Leistungsfähigkeit ist grundsätzlich nicht zu beanstanden. Allerdings führt die Tarifzonengestaltung dazu, dass die Bürger auch dann stärker besteuert werden, wenn sie gar nicht leistungsfähiger sind. Dieses Phänomen tritt dann ein, wenn diese Einkommenssteigerung lediglich dazu dient, die allgemeinen Preissteigerungen auszugleichen. Durch die überproportional wachsende Steuerlast sinkt dann, trotz nomineller Einkommenssteigerung, das reale Nettoeinkommen. Da der Tarifverlauf bei der Einkommensteuer im Anfangsbereich sehr steil ist, tragen die unteren und mittleren Einkommen die Hauptlast der sogenannten kalten Progression.

Gleichzeitig erhält der Staat durch diesen Effekt eine stetig wachsende Einnahmequelle, ohne dass die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler als Ganzes tatsächlich zunimmt. Überdies hat dies dazu geführt, dass immer mehr Steuerzahler in die Nähe des Spitzensteuersatzes rücken.

Während im Jahr 1958 der Spitzensteuersatz erst ab einem 20-fachen Durchschnittseinkommen an gezahlt werden musste, greift der Spitzensteuersatz inzwischen schon bereits ab dem 1,8-fachen Durchschnittsverdienst.

Würde die Entwicklung so weitergehen, würde schon in wenigen Jahren ein Durchschnittsverdiener zum Spitzenverdiener durch Zeitablauf. Dass die Inflationsrate zum derzeitigen Zeitpunkt relativ gering ist, ist ein temporäres Phänomen und erscheint nicht geeignet, eine Reformierung hinauszuzögern, zumal der Aus-

gleich von Preissteigerungen – durch Gehalts-/Lohnerhöhungen – auch immer mit einer deutlichen Zeitverzögerung erfolgt.

Diesem Problem kann nur wirksam dadurch entgegengewirkt werden, dass die kalte Progression mit dauerhafter Wirkung abgeschafft wird. Der Abbau der kalten Progression muss auch dauerhaft und regelmäßig erfolgen und darf sich nicht auf ein einmaliges Nachsteuern reduzieren.

Der Bundestag bzw. Bundesrat haben Anfang des Jahres 2013 dem Gesetz zum Abbau der kalten Progression (BT-Drs. 17/11842) zugestimmt, welches am 26. Februar 2013 in Kraft trat. Die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags wurde in zwei Schritten in den Jahren 2013 und 2014 umgesetzt. Eine weitergehende Anpassung des Tarifverlaufs im Bereich der Progressionszonen, wie sie im Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Abbau der kalten Progression (BR-Drs. 847/11) vorgesehen war, erfolgte jedoch nicht.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.07.2016 Drucksache 17/13669

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/12163

Kalte Progression abschaffen - Mittlere Einkommen entlasten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Bernhard Pohl Mitberichterstatter: Wolfgang Fackler

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 14. Juli 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Peter Winter

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.10.2016 Drucksache 17/13871

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/12163, 17/13669

Kalte Progression abschaffen – Mittlere Einkommen entlasten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Vereinbarung, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 28 der Anlage. Dies ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Scheuenstuhl, Schmitt-Bussinger und anderer und Fraktion betreffend "Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen" auf Drucksache 17/12340. Dieser Antrag wird in der nächsten Sitzung beraten.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Vereinbarung, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

	_	nungspunk		ide gelegt wurde	11	
Es be (E) (G) (ENT (A) (Z)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss					
Vere	inbarung]				
1.	auf Zust des durc Mittelsch	ch kirchliches P	n Vereinbarungen übe ersonal erteilten Relig Förderzentren	r die Neuregelungen d jionsunterrichts an Gru		
		les federführen und Kultus	den Ausschusses für			
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z					
Verfa	assungs	streitigkeit				
2.	 Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 19. September 2016 (2 BvR 502/16) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen a) das Endurteil des Oberlandesgerichts München vom 4. Februar 2016 – 1 U 2264/15 –, b) das Endurteil des Landgerichts München I vom 27. Mai 2015 – 15 O 21894/11 – PII/G1320.16 Drs. 17/13697 (E) Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab. 					
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen					
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z					

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u.a. SPD Förderprogramm flächendeckendes Mobilfunknetz Drs. 17/11419, 17/13668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Α

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler u.a. SPD Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016 Drs. 17/11821, 17/13702 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zum möglichen Engpassmanagement im Stromnetz zwischen Bayern und Österreich Drs. 17/11856, 17/13346 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

6.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Neue Generation Mobilfunknetze Drs. 17/11957, 17/13347 (E)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technolog					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
7.	Antrag der Abgeordnet Markus Ganserer u.a. Bayerische Breitbandfö Drs. 17/12030, 17/1334	und Fraktion (BÜNDN orderung transparente	IS 90/DIE GRÜNEN)			
	Votum des federführen Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
8.	Antrag der Abgeordnet Angelika Schorer u.a. (Schaffung von Wohnra Drs. 17/12079, 17/1370	CSU ium in landwirtschaftlic				
	Votum des federführen Ernährung, Landwirtsc					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
		A	ENTH	A		
9.	Antrag der Abgeordnet Angelika Schorer u.a. (Schaffung von Wohnra Drs. 17/12080, 17/1370	CSU ium in landwirtschaftlic				
	Votum des federführen Ernährung, Landwirtsc					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		

10.	Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU Schaffung von Wohnraum in bestehenden Anwesen im Außenbereich I Drs. 17/12081, 17/13344 (G)					
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
		A		A		
11.	Antrag der Abgeordne Angelika Schorer u.a. Schaffung von Wohnra Drs. 17/12082, 17/133 Votum des federführer	CSU aum in bestehenden A 43 (E) nden Ausschusses für	nwesen im Außenbere			
	Wirtschaft und Medien		-	_		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	Z	Z	Z	Z		
12.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD) Kinderrechte auch in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen wahren! Drs. 17/12133, 17/13277 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration 					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
13.	Dringlichkeitsantrag de Karl Freller u.a. und Fr 10.000-Häuser-Progra Drs. 17/12140, 17/133	aktion (CSU) mm bürgerfreundlich v		oer,		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	Z	Z	Z	Z		
	_	_	_	_		

14.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kinderrechte und Mindeststandards in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen sicherstellen Drs. 17/12145, 17/13278 (E)				
	Votum des federführe Arbeit und Soziales, J				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z				
15.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Situation der Kinder und Jugendlichen in den bayerischen Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen Drs. 17/12146, 17/13279 (E) 				
	Votum des federführe Arbeit und Soziales, J				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		团		Z	
16.	Antrag der Abgeordne Bernhard Pohl u.a. un Kalte Progression abs Drs. 17/12163, 17/136	d Fraktion (FREIE W <i>Ä</i> chaffen – Mittlere Einl	HLER)		

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürokratische Entlastung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durch Wiedereinführung des steuerlichen Freibetrags Drs. 17/12167, 17/13670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Α

18.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Versprechen gegenüber den Bürgern einhalten –
	Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlags
	Drs. 17/12168, 17/13671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Entwicklungen im Betrieb und zu Störungen sowie dem Störungsmanagement im Bereich der S-Bahn München und speziell auf der Linie S1 Freising – München-Moosach Drs. 17/12169, 17/13340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) WLAN-Angebote in Nahverkehrszügen Drs. 17/12175, 17/13339 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Streit um Satellit des Terminals 2 am Flughafen München Drs. 17/12180, 17/13672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

22.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Moorschutz in Bayern Teil I: Freiwillige Moorschutzprogramme endlich auflegen! Drs. 17/12268, 17/13678 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
23.	Antrag der Abgeordne Moorschutz in Bayern Informationskampagne Drs. 17/12269, 17/136	Teil II: e zur nachhaltigen Nut		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
24.	Antrag der Abgeordne Moorschutz in Bayern Bereich der Bewirtscha Drs. 17/12270, 17/136	Teil III: Schaffung von aftung von Moorfläche	Agrarumweltmaßnahn	
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
25.	Antrag der Abgeordne Datenschutz bei der S Gartenbau (SVLFG) g beauftragten für den D Drs. 17/12271, 17/136	ozialversicherung für L ewährleisten – Umsetz atenschutz und die Inf	andwirtschaft, Forsten zung der Empfehlung d	und ler Bundes-
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

26.	Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u.a. SPD Verzinsung bei Rentenzusatzversicherungen und Versorgungswerken Drs. 17/12273, 17/13673 (E)			(en	
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
27.	 Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Angelika Schorer u.a. CSU Ambulante Vorsorgeleistungen als Pflichtleistung der Krankenkassen Drs. 17/12325, 17/13687 (E) 			en	
		Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
28.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger u.a. und Fraktion (SPD) Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen Drs. 17/12340, 17/13674 (A)			PD)	
	der Antrag wird geso	ndert beraten.			
29.	Antrag der Abgeordner Gisela Sengl u.a. und Zwischenbericht BioRe Drs. 17/12410, 17/137	Fraktion (BÜNDNIS 90 egio 2020			
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

30.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bessere LTE-Netzabdeckung im bayerischen Grenzgebiet Drs. 17/12446, 17/13338 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
31.	Antrag der Abgeordne Dr. Christian Magerl u Kontrolle der Ausgleic und Bayerischem Natu Drs. 17/12563, 17/136	.a. und Fraktion (BÜN hs- und Ersatzflächen urschutzgesetz	DNIS 90/DIE GRÜNEN	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z		Z
32.	 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD Aktualisierung aller Rote Liste-Arten zügig abschließen und Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität ableiten und umsetzen Drs. 17/12624, 17/13682 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz 			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z	
33.	Antrag der Abgeordne Kerstin Schreyer-Stäb Bericht und Gutachten Drs. 17/12715, 17/136	lein u.a. CSU zu Personalstandards	ner, Bernhard Seidena in der stationären Krar	

FREIE WÄHLER

Z

GRÜ

Z

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

SPD

Z

CSU

Z

 Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
 Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus Drs. 17/12717, 17/13683 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Umbau und Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg Drs. 17/9854, 17/13675

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg nicht verschleppen Drs. 17/12342, 17/13676

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.